

SuS06 Anpassung der Beitrags- und Kassenordnung

Gremium:	Vorstand
Beschlussdatum:	24.11.2019
Tagesordnungspunkt:	6 Finanzautonomie der Ortsverbände
Status:	Zurückgezogen

Antragstext

1 Beitrags- und Kassenordnung von Bündnis 90/Die 2 Grünen KV Rotenburg Wümme

3 Geändert am dd.MM.yyyy

4 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Kreisverband Rotenburg Wümme

5 Bokelweg 43, 27389 Fintel

6 Tel: +49-4265-93020

7 E-mail: info@gruene-kv-Rotenburg.de

8 www.gruene-kv-rotenburg.de

9 §1 Mitgliedsbeitrag

10 1. Der Mitgliedsbeitrag soll mindestens 1% vom Nettoeinkommen betragen. Über
11 Ermäßigungen für Personen mit geringem oder keinem Einkommen, die ihre
12 Beiträge nicht steuerlich geltend machen können, entscheidet der
13 Kreisvorstand auf Antrag.

14 2. Die Beiträge sollen im Voraus an die für den Beitragseinzug zuständige
15 Gliederung geleistet werden.

16 3. Der Kreisverband zahlt die ihm vom Landesverband zur Quartalsmitte in
17 Rechnung gestellten Beitragsanteile für den Landes- und Bundesverband
18 (Voraussetzung zur Entsendung stimmberechtigter Delegierter zur LDK).

19 4. Die Ortsverbände zahlen die Beitragsumlage für den Kreis-, Landes- und
20 Bundesverband jeweils zur Quartalsmitte an den Kreisverband.

21 5. Die Höhe der Beitragsumlage für den Kreisverband legt die
22 Kreismitgliederversammlung fest.

23 6. Der Vorstand der jeweiligen Gliederung ist verantwortlich für die Pflege
24 der Mitgliederdatei.

25 §2 Mandatsbeiträge

26 1. Mandats- und AmtsträgerInnen und vom Vorstand oder der Fraktion entsandte
27 Personen in Aufsichtsgremien leisten neben ihren satzungsmäßigen
28 Mitgliedsbeiträgen MandatsträgerInnenbeiträge an die jeweilige Gliederung
29 (Kreisverband oder Ortsverband). Falls kein Ortsverband mit eigener Kasse

- 30 besteht, sind die Mandatsbeiträge der Ortsebene an den Kreisverband zu
31 zahlen.
- 32 2. Die Höhe der MandatsträgerInnenbeiträge von Amts-, MandatsträgerInnen und
33 entsandten Personen beträgt mindestens 50% der jeweiligen
34 Aufwandsentschädigung und der Sitzungsgelder. Auf Zuschläge für Funktionen
35 wie z.B. Fraktionsvorsitz oder stv. BürgermeisterIn, wird analog ein
36 Beitrag von 50% erhoben.
- 37 3. Für Amtsinhaber und Mandatierte, die die Mandatsbeiträge nicht steuerlich
38 geltend machen können, können die Beiträge auf Antrag um die Hälfte
39 reduziert werden, Kürzungen von staatlichen Transferleistungen aufgrund
40 der Einnahmen aus dem Mandat können auf Antrag bei den Mandatsbeiträgen
41 berücksichtigt werden.
- 42 4. Die MandatsträgerInnenbeiträge werden monatlich (alternativ bei den
43 Mandatsbeiträge aus Sitzungsgeldern vierteljährlich) an den KV/ OV
44 gezahlt.
- 45 5. Der/die KassiererIn informiert im Rahmen des jährlichen Finanzberichtes
46 parteiintern an die MV über die Einhaltung der Mandatsbeitragsregelung.
47 Hierfür teilen die Mandatierten und entsandten Personen den KassiererInnen
48 vorab die erhaltenen Aufwandsentschädigungen und die tatsächlich gezahlten
49 Sitzungsgelder mit.

50 §3 Spenden

- 51 1. Der Kreisverband ist berechtigt, Spenden unter Berücksichtigung des
52 Parteiengesetzes anzunehmen. Spenden verbleiben bei dem entsprechenden
53 Gebietsverband, sofern der/ die SpenderIn nichts anderes verfügt hat.
- 54 2. Zur Ausstellung von Zuwendungsbestätigungen (Spendenbescheinigungen) ist
55 nur das für das Finanzwesen verantwortliche Vorstandsmitglied des
56 Kreisverbandes berechtigt. Für Zuwendungsbestätigungen dürfen nur die
57 Vordrucke verwendet werden, die vom Landesverband freigegeben worden sind.
58 Hiervon verbleibt bei dem ausstellenden Kreisverband eine Durchschrift der
59 unterschriebenen Bestätigungen.

60 §4 Haftung

- 61 1. Der Kreisverband darf keine finanziellen Verpflichtungen eingehen, für die
62 keine Deckung im Vermögen und auf dem Konto und der Handkasse vorhanden
63 ist. Ein negatives Reinvermögen ist nicht zulässig. Für vom Vorstand nicht
64 genehmigte Rechtsgeschäfte haftet nur, wer sie veranlasst hat.
- 65 2. Begeht eine Gliederung der Partei Verstöße gegen das Parteiengesetz, die
66 mit Sanktionen bedroht sind, in dem sie z. B. ihrer Rechenschaftspflicht
67 nicht genügt, rechtswidrig Spenden annimmt, Mittel nicht den Vorschriften
68 des Parteiengesetzes entsprechend verwendet, so haftet sie für den
69 hierdurch entstandenen Schaden. Die Haftung der handelnden Personen bleibt
70 davon unberührt.

71 §5 Kassenführung und Haushalt

- 72 1. Der Kreisverband und seine Untergliederungen dürfen ihre finanziellen
73 Mittel ausschließlich für die den Parteien nach dem Grundgesetz und dem
74 Parteiengesetz obliegenden Aufgaben verwenden.
- 75 2. Die Mitglieder des Kreisvorstandes des Kreisverbandes, insbesondere
76 der/die KassiererIn sind verantwortlich für die ordnungsgemäße
77 Kassenführung, für die Erfassung und Vollständigkeit der Buchführung, für
78 die Finanzplanung, für die regelmäßige Überprüfung der Beitragszahlungen
79 und deren Höhe und für den jährlichen Finanzbericht an die
80 Mitgliederversammlung.
- 81 3. Der Vorstand erarbeitet auf der Grundlage eines Vorschlages des/der
82 KassiererIn jährlich einen Haushaltsentwurf. Der Haushalt wird von der
83 Mitgliederversammlung verabschiedet. Darüber hinaus stellt der/ die
84 KassiererIn eine mittelfristige Finanzplanung auf, aus der die
85 Vermögensentwicklung und die Rücklagen für Wahlkämpfe hervorgehen. Soweit
86 ein Haushaltsentwurf nicht aufgestellt wird, dürfen nur Ausgaben erfolgen,
87 für die eine rechtliche Verpflichtung besteht. Neue Verpflichtungen dürfen
88 außer für den laufenden Geschäftsbetrieb nicht eingegangen werden. Ist
89 abzusehen, dass der Haushalt mit einem unvorhergesehenen Defizit
90 abgeschlossen wird, legt der/ die KassiererIn der Mitgliederversammlung
91 unverzüglich einen Nachtragshaushalt vor. Umschichtungen zwischen
92 einzelnen Haushaltstiteln sind durch Vorstandsbeschluss möglich. Hierzu
93 ist die Zustimmung des/ der KassiererIn notwendig. Weiteres kann in einer
94 Geschäftsordnung des Kreisvorstandes festgelegt werden.
- 95 4. Der Kreisverband hat für eine angemessene Finanzverteilung zwischen KV und
96 OV zu sorgen. Dazu kann die Kreismitgliederversammlung eine Verteilung der
97 Zuschüsse aus der staatlichen Grundfinanzierung zwischen den Kreis- und
98 Ortsverbänden beschließen. Die Kreismitgliederversammlung kann von den
99 Ortsverbänden an den Kreisverband abzuführende Beitragsanteile festsetzen.
- 100 5. Ein Ortsverband kann zwecks Verwaltungsvereinfachung die Kassenführung an
101 den Kreisverband per MV-Beschluss abgeben, entweder durch
102 ◦ Übergabe der Verwaltungsarbeiten, wie z.B. die Buchführung, wobei
103 die Finanzautonomie beim OV verbleibt (Der KV kann hierfür eine
104 Gebühr erheben)
- 105 ◦ Verzicht auf die Finanzautonomie und Übertragung an den KV, wobei
106 der KV dem OV finanzielle Mittel nach Vereinbarung bereitstellt.
- 107 6. Die Kostenerstattungsordnung des Landesverbandes ist für den Kreisverband
108 maßgebend. Die Mitgliederversammlung kann im Rahmen der steuerlichen
109 Grenzen abweichende Regelungen beschließen.

110 §6 Kassenführung der Ortsverbände

- 111 1. Jeder Ortsverband der Partei mit eigener Kassenführung hat ein für den
112 Finanzbereich zu ständiges Vorstandsmitglied direkt in das Amt zu wählen,
113 das insbesondere verantwortlich ist für

- 114 - die Erstellung des Kassenbuches und die Buchführung,
- 115 - die Erstellung der Finanzplanung,
- 116 - die regelmäßige Überprüfung der Beitragshöhe
- 117 - den jährlichen Finanzbericht an die Mitglieder oder
- 118 Kreismitgliederversammlung
- 119 - die fristgerechte Erstellung des Rechenschaftsberichts nach dem
- 120 Parteiengesetz.

121 2. Der Rechenschaftsbericht ist umgehend nach Erstellung, spätestens am 15.2.
122 des folgenden Jahres für die Konsolidierung dem Kreisverband vorzulegen.
123 Kommt ein Gebietsverband seiner Rechenschaftspflicht nicht nach, so sind
124 Sanktionen des Landesverbandes gegen den Ortsverband, der die Verspätung
125 verursacht hat an diesen weiterzuleiten.

126 3. Die Rechnungsunterlagen, Bücher, Bilanzen und Rechenschaftsberichte des
127 Kreisverbandes – inklusive der Ortsverbände – müssen 10 Jahre aufbewahrt
128 werden. Die Aufbewahrungsfrist beginnt mit Ablauf des Rechnungsjahres.

129 4. Das für den Finanzbereich zuständige Vorstandsmitglied darf nicht
130 gleichzeitig die Geschäftsführung des betroffenen Gebietes innehaben.

131 §6 Rechenschaftsbericht

132 1. Die Mitglieder des Kreisvorstandes des Kreisverbandes sind verantwortlich
133 für die ordnungsgemäße und fristgerechte Erstellung des mit den Ortskassen
134 konsolidierten Rechenschaftsberichtes des Kreisverbandes nach dem
135 Parteiengesetz und die Abgabe an den Landesverband bis zum 31.03. des
136 folgenden Jahres.

137 2. Der Rechenschaftsbericht der Ortsverbände mit Finanzautonomie ist umgehend
138 nach Erstellung, spätestens am 15.02. des folgenden Jahres beim
139 Kreisverband abzugeben. Kommt ein Ortsverband seiner Rechenschaftspflicht
140 nicht nach, so sind nachfolgende Sanktionen gegen den Ortsverband möglich:
141 Reicht ein Ortsverband seinen finanziellen Rechenschaftsbericht verspätet
142 ein, muss er beginnend mit dem 01.03. je angefangene Woche bis zur Abgabe
143 des Berichts 300 EUR Entschädigung an den Kreisverband zahlen. Über
144 Ausnahmen von dieser Regelung entscheidet der Kreisvorstand. Ist die
145 rechtzeitige Abgabe des Rechenschaftsberichtes an den Landesverband
146 gefährdet, kann der Kreisverband die Kassenführung des Ortsverbandes an
147 sich ziehen oder einen Beauftragten/eine Beauftragte einsetzen.

148 3. Der konsolidierte Rechenschaftsbericht des Kreisverbandes (KV inkl. OV) wird
149 vor Abgabe an den Landesverband im Kreisvorstand beraten. Die für die
150 Finanzangelegenheiten zuständigen Vorstandsmitglieder versichern mit ihrer
151 Unterschrift, dass die Angaben in ihren Rechenschaftsberichten nach bestem
152 Wissen und Gewissen wahrheitsgemäß gemacht worden sind. Neben dem für die
153 Finanzangelegenheiten zuständigen Vorstandmitglied muss der/die
154 Vorsitzende den Bericht bestätigen.

155 **§7 Rechnungsprüfung und Aufbewahrungsfristen**

- 156 1. Die von der Mitgliederversammlung zu wählenden RechnungsprüferInnen prüfen
157 mindestens einmal jährlich das Übereinstimmen von Buchungen und Belegen,
158 die Ordnungsmäßigkeit der Buchführung, die Angemessenheit der Ausgaben und
159 die Übereinstimmung mit den Beschlüssen von Vorstand- und
160 Mitgliederversammlung. Sie berichten der Mitgliederversammlung über das
161 Ergebnis der Prüfung und stellen den Antrag auf Entlastung des Vorstandes
162 in Finanzangelegenheiten. Die Rechnungsprüfungsbestätigung nach Vorgabe
163 des Landesverbandes muss dem Rechenschaftsbericht unter Beachtung der
164 Abgabefristen beigelegt werden.
- 165 2. Die Rechnungsunterlagen, Bücher, Bilanzen, Kopien der
166 Zuwendungsbestätigungen (nur beim KV) und die Rechenschaftsberichte des
167 Kreisverbandes - inklusive der Ortsverbände - müssen 10 Jahre aufbewahrt
168 werden. Die Aufbewahrungsfrist beginnt mit Ablauf des Rechnungsjahres.

169 **§ 8 Schlussbestimmung**

- 170 1. Soweit Regelungen hier nicht getroffen oder unwirksam sind, gilt die
171 Beitrags und Kassenordnung des Landesverbandes entsprechend.
- 172 2. Diese Ordnung tritt mit der 01.01.2020 in Kraft

Begründung

Unsere Beitrags- und Kassenordnung (BuK) ist seit 2012 nicht mehr angepasst worden und entspricht nicht mehr der heutigen Zeit. Neben dieser Anpassung an die Muster-KuV des Landesverbandes (LV) sind nun auch die Prozesse zu regeln, wenn Ortsverbände ihre Mitgliedbeiträge und die Kasse eigenverantwortlich verwalten wollen.

Die Ortsverbände Rotenburg und Bothel haben sich zu diesem Schritt zum 1. Januar 2020 entschlossen. Dadurch sind neben redaktionelle Verbesserungen weiterreichende Änderungen erforderlich.